

# Bürgerliche wollen die Mindeststeuer für grosse Konzerne aussetzen, doch diese winken ab

*Die OECD-Steuerregel dürfte dem Bund nicht die erwarteten Einnahmen bringen – der Ruf nach einer Abschaffung wird dadurch lauter*

DAVID VONPLON

Auf die Mindeststeuer hat hierzulande niemand gewartet. Aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs ist die Schweiz weltweit eines der wenigen Länder, die mit der OECD-Mindeststeuer zurückgebunden werden sollen. Trotzdem gehörte sie zu den ersten Ländern, die die neuen Steuerregeln anwendeten. 15 Prozent Steuern müssen international tätige Grossunternehmen seit der Einführung im Jahr 2024 wenigstens bezahlen. Liegen die ordentlichen Sätze darunter, sind sie gezwungen, eine Ergänzungssteuer zu entrichten.

Vor der Volksabstimmung über die OECD-Mindeststeuer 2023 versprach der Bundesrat dem Stimmvolk immerhin schöne Zusatzeinnahmen für die öffentlichen Kassen. Zwischen 1 und 2,5 Milliarden Franken zusätzliche Einnahmen sollte die neue Steuer schon in den ersten Jahren generieren. Bereits hatten sich Politiker ausgemalt, wie das Geld verwendet werden könnte – etwa für den Ausbau der Armee.

Mittlerweile jedoch sieht es so aus, dass die Erwartungen des Bundes deutlich zu hoch gegriffen waren. Eine Untersuchung des Beratungsunternehmens Deloitte kam unlängst zu dem Schluss, dass die Mehreinnahmen aus der Mindeststeuer für das Jahr 2024 voraussichtlich unter 200 Millionen Franken liegen werden – also fünf bis zwölf Mal weniger als veranschlagt.

## Bundesrat im Blindflug

Waren die versprochenen Mehreinnahmen also nicht mehr als eine fiskalische Fata Morgana aus dem Finanzdepartement? Das wollte der Mitte-Ständerat Fabio Regazzi in einem Vorstoss vom Bundesrat wissen. Dessen Antwort, die seit kurzem vorliegt, bestätigt den ernüchternden Befund der Berater nun zumindest teilweise. Darin räumt die Landesregierung ein, dass die Einnahmen aus der Mindestbesteuerung geringer ausfallen könnten und von nur ganz wenigen Unternehmen stammen dürften. Vor allem aber besteht über die effektiven Einnahmen eine grosse Unsicherheit.

Im Voranschlag 2026 geht der Bundesrat trotzdem weiterhin von 1,6 Milliarden Franken Einnahmen aus der Mindestbesteuerung aus, wovon nur ein Viertel beim Bund bleibt. Laut dem Steuerexperten Thomas Hug von Deloitte wird der Bundesrat diese Zahl deutlich nach unten korrigieren müssen: Diverse Kantone hätten die Gewinnsteuern für grosse Unternehmen im Hinblick auf die



Finanzministerin Karin Keller-Sutter will die Mindestbesteuerung derzeit nicht antasten.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

neuen OECD-Regeln angehoben, damit die Firmen auf eine Mindestbelastung von 15 Prozent kämen. «Dadurch fließen automatisch weniger Ergänzungssteuern zum Bund», so Hug.

Dass die versprochenen Mehreinnahmen ausbleiben könnten, erhöht den Druck auf die ungeliebte Steuer zusätzlich. «Die tatsächlichen Einnahmen werden unter der untersten Schätzung von einer Milliarde Franken liegen – und das, obwohl die Prognosen des Bundesrats bewusst breit angelegt waren», sagt Ständerat Regazzi. Das sei enttäuschend. Schliesslich seien auf der Basis dieser Zahlen politische Entscheidungen getroffen worden. Der Gewerbepolitiker fordert, dass der Bund überprüft, ob die Mindestbesteuerung für die Schweiz wirklich das Richtige sei.

Es ist dies eine Frage, die sich derzeit viele bürgerliche Politiker stellen. Seit die USA einen Zoll von 39 Prozent auf den Import vieler Schweizer Waren festgesetzt haben, befinden sich die neuen OECD-Regeln und mit ihnen auch die Finanzministerin Karin Keller-Sutter unter Dauerbeschuss. So wirft Regazzi seine Parteikollegin Elisabeth Schneider-Schneiter der FDP-Magistratin vor, die

Einführung der Mindeststeuer gegen den Willen der Wirtschaft vorschnell eingeführt zu haben – zum Nachteil des Standorts Schweiz.

Doch macht der Bundesrat bis anhin keine Anstalten, die Mindestbesteuerung anzutasten. Stattdessen soll die Aussetzung der Mindeststeuer bald auf die Traktandenliste des Parlaments gelangen. Der SVP-Nationalrat Michaël Buffat hat vergangene Woche in der Wirtschaftskommission den Antrag gestellt, die Mindeststeuer auszusetzen, wie die «NZZ am Sonntag» berichtete. Schon im Oktober soll das Geschäft behandelt werden.

## Wirtschaftsverbände warnen

Im Parlament könnte die Pausierung der Steuer durchaus intakte Chancen haben: Die Front gegen die ungeliebten OECD-Regeln umfasst mittlerweile das ganze bürgerliche Lager – auch die FDP ging auf Konfrontationskurs mit der eigenen Bundesrätin. Vor dem Hintergrund, dass die US-Regierung internationale Abmachungen mit Füssen trete, sei nicht damit zu rechnen, dass weitere Staaten die Steuer einführen. Deshalb

müsste die Schweiz die Mindeststeuer zum Schutz der eigenen Unternehmen aussetzen, findet die Partei.

Umso erstaunlicher ist, dass just jene Akteure, die von der Mindeststeuer am stärksten betroffen sind, sich derzeit gegen eine Abschaffung aussprechen: die Unternehmen selbst beziehungsweise die Verbände, die sie vertreten. «Wir können den Unmut in der Politik gut nachvollziehen», sagt Frank Marty, Leiter Steuern beim Wirtschaftsdachverband Economesuisse. Viele Staaten – vor allem die USA – würden die OECD-Steuerregeln nicht anwenden, was zu einer Benachteiligung von Firmen führen könnte, die in der Schweiz angesiedelt seien.

Gegenwärtig sind laut Marty die Voraussetzungen für einen Ausstieg jedoch nicht gegeben. «Halten wichtige Handelspartner der Schweiz an der Mindeststeuer fest, ist ein Ausstieg kontraproduktiv», sagt er. So müssten Unternehmen aus der Schweiz, die zum Beispiel im EU-Raum eine Tochterfirma hätten, damit rechnen, dass sie von den dortigen Ländern für eine Unterbesteuerung belangen würden. «Die einseitige Aufhebung der bereits eingeführten Instrumente der Mindeststeuer würde

die Unternehmen daher nicht entlasten.» Stattdessen müssten sie vermehrt Steuerforderungen von ausländischen Behörden befürchten.

Auch Martin Hess von Swissholdings, dem Verband der multinationalen Unternehmen in der Schweiz, betont, dass Aussetzen der Mindeststeuer habe keinerlei Vorteile. «Der administrative Aufwand und die Rechtsunsicherheit dürften für die betroffenen Unternehmen zunehmen.» Zudem sei zu befürchten, dass die Kantone weniger Standortmassnahmen ergreifen würden, weil ihnen ohne die Steuer das Geld dafür fehle. Keines der Unternehmen des Verbands – darunter Nestlé, Novartis, Glencore und Syngenta – habe bisher verlangt, die Mindeststeuer auszusetzen. Ähnlich lautet der Befund des Steuerexperten Hug: «Solange die EU-Länder an der Mindestbesteuerung festhalten, darf sich die Schweiz zu keinen Schnellschüssen hinreißen lassen.»

Die Wirtschaftsverbände hoffen darauf, dass sich das Problem von selbst löst – und die Mindeststeuer auf Druck gewichtiger Staaten aufgehoben wird. Gewisse Anzeichen dafür gibt es: Im Juni einigten sich die USA mit den übrigen G-7-Staaten darauf, dass die USA von der Mindestbesteuerung ausgenommen werden sollen. Im Gegenzug erklärten sich die USA bereit, international tätige Unternehmen aus Europa und Asien nicht wie angedroht mit einer «Rache- steuer» von bis zu 20 Prozent zu belegen.

Offenbar jedoch ist die Vereinbarung brüchig. Vor kurzem machte die Nachrichtenagentur Bloomberg einen Brief publik, in dem 28 Staaten starke Bedenken an dem Deal äussern, darunter China, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, wie Bloomberg berichtete. Sie kritisieren, dass mit der Ausnahmeregelung für die USA die Wirksamkeit der Steuer untergraben werde und nichtamerikanische Unternehmen im internationalen Wettbewerb benachteiligt würden.

Möglich ist, dass das Gezere um den Steuerdeal der G-7 den Anfang vom Ende der Mindestbesteuerung markiert. Laut Hess ist die Wahrscheinlichkeit dafür allerdings gering. Derzeit gibt es innerhalb der OECD Bestrebungen, die Mindeststeuer klar vom US-System abzugrenzen. Sie hätte damit weiterhin Gültigkeit – außer dort, wo US-Konzerne betroffen sind. Der Unternehmensvertreter Hess rät der Politik darum zur Zurückhaltung. Sollte sich die Schweiz – bekannt als Profiteurin des internationalen Steuerwettbewerbs – in erkennbarer Weise für die Abschaffung einsetzen, dürfte dies die Mindeststeuer eher stärken als schwächen.